

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Völsche, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 62

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 8 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto.

Halver

Samstag, den 14. März

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1931

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Im Leipziger Waffendiebstahlprozess wurden zwei Angeklagte zu hohen Zuchthausstrafen, sechzehn zu Gefängnisstrafen, zehn zu Festungshaft verurteilt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

* In der Nähe vom Bremen schloß der Ingenieur Boggen eine mit verschiedenen Meßinstrumenten ausgestattete Kiste ab. Der Abbruch verlief erfolgversprechend.

* In der französischen Provinz Savoyen sind durch einen gewaltigen Erdrutsch zwei Dörfer vollständig verschüttet worden.

Das Allgemeinwohl.

Französischer Chauvinismus. — Lärm um Chaplin. Das Geisterschiff.

Frankreich ist in Gefahr. Frankreich ist immer in Gefahr, aber dieses Mal ganz besonders. Vor kurzem hat der Deutsche Reichskanzler Brüning in seiner Rede bei der Jahrestagung des Studentischen Hilfswerks über den Begriff des Patriotismus gesprochen und dabei gesagt, wirkliche Vaterlandsliebe zeige sich nicht in hemmungslossem Toben noch in der Aufwindung hohler Phrasen. Die Vaterlandsliebe sei vielmehr der Entschluß, ruhig und unablässig mitzuwirken an der Sorge für die Allgemeinheit und für den Staat. Ohne übermäßige Anstrengung des Mundwerks. Vielleicht ist diese Erkenntnis nicht vereinzelt, vielleicht lebt sie auch in diesem und jenem französischen Herzen. Jedenfalls ist sie nicht Allgemeinwohl jenseits des Rheins. Aber der Chauvinismus — das Wort stammt aus Frankreich! — treibt dort immer noch seltsame Blüten. Kann man es anders bezeichnen, wenn der Deutschen heute noch so lebendig ist, daß er imstande war, ein Konzert des berühmten Musikers Weingartner in Paris zu verhindern, daß er fernerhin mit Entsetzen aufschrie, wenn eine deutsche Fußballmannschaft sich zum erstenmal bei einem „Länderspiel“ mit einer französischen messen sollte? Weingartner wies in einem geharnischten Briefe an den Ministerpräsidenten Laval kurz und knapp die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zurück. 1917 schon habe er die beanstandete Unterschrift unter den „Protest der 93“ zurückgezogen. Das ihm verliehene Kreuz der Ehrenlegion bewahre er bei sich. Nur die Ehrfurcht vor Herrn Laval verbiete ihm, die ganze wüste Hege mit dem passenden Wort zu benennen. Die deutschen Fußballer haben solche Verwahrung nicht einmal nötig, doch Internationalisten haben keine Ahnung von wirklicher Vaterlandsliebe.

Freilich müssen wir wegen dieser Angelegenheit auch vor der eigenen Tür stehen. Hat es denn irgendwelchen Sinn, wenn ein Berliner Boulevardblatt ganz ernsthaften Tones dazu auffordert, die nach Paris gehenden Fußballer durch ein Volksbegehren zu führen? Das ist eine Übertreibung jedes gesunden Sportsinns und verdient in der heutigen Zeit der Sorgen die schärfste Verurteilung. Aber das ist nicht minder notwendig, wenn der Deutsche sich in der Anbetung fremdländischer Götzen so weit erniedrigt, daß er die Würde eines aufrichtigen Deutschmanns verleugnet und die Wertung des eigenen Könnens in die Kumpfkammer wirft. Wer ist Chaplin? Zugegeben, ein Komödiant auf der Leinwand, ein Komiker von Grad. Was machen die Berliner daraus bei seinem jetzigen Besuch? Einen Heroen, einen Helden, der seinesgleichen anscheinend nicht auf dieser Erde findet. Die Polizei muß geradezu Herkuleskräfte aufwenden, um die hysterische Begeisterung einzudämmen. Um was es sich handelt! Um das Schattenbild eines Mannes, in der Minute geschaffen, zur Unterhaltung für den Augenblick.

„Still und unablässig an der Arbeit für das Allgemeinwohl mitwirken“ — das ist nicht gerade Wesens-eigentümlichkeit des heutigen Parlamentarismus. Denn „Parlament“ heißt schließlich doch „Stätte des Redens“. Oder „des Verhandels“. Und in Deutschlands Parlament wird dieses Verhandeln noch besonders erhöht dadurch, daß die oft am Schreibtisch entstandenen „Grundzüge“ einer Partei zwar sozusagen heilig gesprochen werden, aber desto schärfer dann mit der Wirklichkeit und ihren bitteren Tagesnotwendigkeiten karambolieren. Das ist dann für die Partei recht bitter, — und es ist daher der Sozialdemokratie gewiß nicht leichtgefallen, im Haushaltsausschuß des Reichstages es durch Stimmenthaltung zu ermöglichen, daß dort die erste Baukarte für den Panzerkreuzer B angenommen wurde, der nun schon so lange als Geisterschiff durch die politischen Gewässer schwimmt. Aber er ist eben selbst zu einer politischen Frage, zum Drehpunkt unserer innenpolitischen Kräfteverteilung geworden, und die Sozialdemokratie war damit vor die — allerdings jetzt erst noch vorläufige — Entscheidung gestellt, ob sich die Verteilung wirklich „drehen“ würde oder nicht. Freilich soll den Sozialdemokraten der endgültige Entschluß erleichtert werden durch Erfüllung sozialpolitischer und steuerpolitischer Wünsche, aber auch darüber muß erst noch geredet, verhandelt, — gehandelt werden. Hoffentlich immer mit dem Ziel, nach besten Kräften wenn auch nicht still, so doch wenigstens „unablässig an der Arbeit für das Allgemeinwohl mitzuwirken“.

Preußen und das Volksbegehren

Cevering über die Polizei.

Hochsitz politischer Versammlungen.

Aber die Zuverlässigkeit der preussischen Polizei äußerte sich im Hauptauschuß des Preussischen Landtages Innenminister Cevering. Er wies u. a. darauf hin, daß die größte Sorge im Augenblick die Fürsorge für die Arbeitslosen sei. Deshalb dürfe kein Pfennig mehr als unbedingt nötig für die Polizei ausgegeben werden. Aber es seien auch Mische die Polizei nicht zu machen, ohne nicht die Schlagfertigkeit der Polizei zu gefährden.

Der Hunger sei jetzt der größte Feind.

Er ist auch Ursache für die Vermehrung der politischen Zusammenstöße. Die Steigerung der Erzele in Folge der politischen Verwirrung mache eine sorgfältige Ausbildung nicht nur der Schutzpolizei sondern auch der Kriminalpolizei zur Pflicht. Er könne mit gutem Grunde die Versicherung abgeben, daß auch bei größeren bewaffneten Auseinandersetzungen, die hoffentlich nie eintreten würden, die Polizei allen Anforderungen gewachsen sein werde.

Sicher befänden sich unter den Polizeibeamten hier einige Kommunisten, dort auch Nationalsozialisten. Aber das bedeute keine Zerfetzung oder Gefährdung der Schlagkraft der Polizei. Er treibe keine Gefinnungsschnüffelei, aber selbstverständlich müsse und werde er gegen einzelne Personen vorgehen, die durch Zellenbildung politischer Art das Instrument der Staatsverwaltung zu gefährden suchten.

Zur Frage des Reichsbanners

erklärte der Minister, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit in Preußen allein Aufgabe der Polizei sei und bleibe. Bei der großen Anzahl von Aufgaben, die die Polizei zu erfüllen habe, kämen natürlich hier und da Mißgriffe vor, denn auch

die Polizeibeamten seien nicht lauter Engel.

Wer allerdings wehrlose Gefangene, die sogar unter polizeilichem Schutz stünden, als Polizeibeamter mißhandelt, der sei nicht wert, in der Polizei zu bleiben.

Eine gute Polizei sei eine Voraussetzung für unge störte Arbeit am Aufbau und Aufstieg unseres Vaterlandes.

Abg. Wegmann (D. Vp.) wies auf die ungeheure Zunahme der Beanspruchung der Polizei bei Versammlungen hin. Aus 40 000 Versammlungen im Jahre 1928 seien 60 000 Versammlungen im Jahre 1930

geworden, die hätten überwacht werden müssen. Noch stärker seien die Fälle gestiegen, in denen gewalttätig eingeschritten werden mußte. Diese Fälle haben sich von 318 im Jahre 1928 auf 2494 im Jahre 1930, also fünfsechsmal, gesteigert.

An den Versammlungsführungen

sind zu 75 Prozent die Kommunisten, mit 21 Prozent die Nationalsozialisten beteiligt. In 49 Fällen habe das Reichsbanner Versammlungen gestört und in 35 Fällen komme der Stahlhelm in Frage. Wenn der Minister diese

Zahlen ansehe, so müsse er zu der Erkenntnis kommen, daß der Hauptfeind der Ordnung links stehe. Auch die Notwendigkeit des Gebrauchs der Schusswaffen hat sich seit 1927 auf das Dreifache gesteigert.

Ministerpräsident Braun verteidigt sich.

Barum Hindenburg aus dem Stahlhelm austreten sollte.

Die Vorberatung des Haushaltes des preussischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten im Hauptauschuß des Preussischen Landtages gab wie in den Vorjahren zu einer größeren politischen Aussprache Anlaß, in die auch Ministerpräsident Braun eintrifft. Der Ministerpräsident erklärte zu dem

Vertrag mit den evangelischen Landeskirchen,

daß nur noch ein strittiger Punkt vorhanden sei. Er hoffe, daß der Vertrag alsbald dem Landtag vorgelegt werden könne.

Bezüglich der Hilfe erklärte er, daß zwischen der Reichsregierung und dem preussischen Staatsministerium niemals Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden hätten, daß das Stillegesetz nur mit den preussischen Behörden durchzuführen sei.

Das Stillegesetz

sei nicht durch die preussische Regierung, sondern lediglich durch das Verhalten des Vertreters der Provinz Ostpreußen im Reichsrat gefährdet gewesen. Der Ministerpräsident wandte sich dann gegen den „Anspruch“, der im Preussischen Landtag von Kreisen, die von der Demokratie nichts verstanden, mit den kleinen Anträgen gemischt werde. Hinsichtlich des Stahlhelms Volksbegehrens verwies der Ministerpräsident auf die Ausführungen des Innenministers Cevering, die er vollkommen teile. Zu seiner Befriedigung erklärte der Ministerpräsident, er habe damals gesagt, daß es die über große Mehrheit der Bevölkerung als erwünscht ansehen würde, wenn

der Reichspräsident sein Verhältnis zum Stahlhelm löse,

daß er unter ganz anderen Voraussetzungen eingegangen sei. Bei seiner Gründung habe der „Stahlhelm“ sich nämlich ausdrücklich auf den Boden der republikanischen Staatsform gestellt und alle Frontsoldaten zusammenfassen wollen. Damals habe der Reichspräsident die Ehrenmitgliedschaft angenommen.

Volksbegehren und Volksentscheid.

Die entscheidenden Stimmzahlen.

Wieviel Stimmen für die Annahme des Volksbegehrens und des Volksentscheids notwendig sind, ergibt sich aus der in Preußen festgestellten Zahl der Stimmberechtigten für die letzte Reichstagswahl vom 14. September 1930, die in Preußen 26 368 215 betrug. Die Annahme des Volksbegehrens erfordert die Einstimmigkeit von einem Fünftel der Stimmberechtigten, das sind 5 273 643 Stimmen. Die Annahme des Volksentscheids bedingt eine Mehrheit der Stimmberechtigten, also mindestens 13 184 108 Stimmen.

Vater Staat, hilf!

Der Elat der Armen.

Der Reichstag zur Sozialpolitik.

„Das Reichsarbeitsministerium ist jene Stelle des Reichstagsinstituts, auf die sich die Klage des gesamten armen, bedrängten, notleidenden deutschen Volkes heute mehr denn je richten“, begann der Abg. Thiel vom Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband seine Rede zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Aber nicht bloß die Klage richtete sich auf den Reichsarbeitsminister, sondern noch viel mehr Worte, Reden und Wünsche werden an ihn gerichtet. Vielleicht allzu viele. Vielleicht hat dieses Klagen nach der jetzt verfallenden Hilfe des Staates doch nicht ganz allein die wirkliche Not verursacht, sondern die Überpannung, ja Umkehrung des ursprünglichen Begriffes der Sozialpolitik. Dieses hat zur Krise der Sozialpolitik geführt und mußte dazu führen in einer Zeit, in der Stöße von fast anomaler Wucht auf sie erfolgten. Redner und Redner im Reichstag, Gewerkschaftsführer und Angestelltervertreter lassen immer wieder das Klagegeschrei für ihr Schutzbegehren enden: Vater Staat, hilf! Nur nützt das nicht viel, diese sozialpolitische Beschwörung in der Volksklage. Die Krise und die schwere Finanznot rennen die Beschwörer über den Haufen. Man wußte schon, daß es niemals mehr gelingen wird, die Zahl der Arbeitslosen herunterzudrücken auf das Niveau etwa des Jahres 1927. Es ist ja traurig, aber wahr, wenn man im Deutschen Reichstag über die Sozialpolitik und ihre Klagen spricht oder von dem Arbeiter, dem Angestellten und seiner Not, dann hofft man: Wenn erst in den nächsten Jahren die Folgen des starken Geburtenrückganges während des Krieges und unmittelbar nach ihm sich geltend machen, dann wird der einzelne, der Lebende, der ja immer recht hat, mehr Elbogenfreiheit bekommen. Aber daß, wie nun jeder Redner verlangt, der Staat vorher helfen könnte, läßt sich nicht mehr hoffen.

Sitzungsbericht.

(41. Sitzung.) CB. Berlin, 13. März.

Nach Eröffnung der Sitzung beantragt Frau Abg. Zimmer (Komm.), auf die Tagesordnung einen kommunikativen Antrag auf Aushebung des § 218 zu setzen. Da dieser Antrag der Tagesordnung widersprochen wird, muß der Antrag verschoben werden.

In der Aussprache zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums tritt der Abg. Schröder-Verenburg (Komm.) heftig die Abstriche, die beim Haushalt dieses Ministeriums gemacht worden seien. Er beantragt aber außerdem die Erreichung der Mittel für das Schlichtungswesen. Eine Verfüzung der Arbeitswoche dürfte nur bei vollem Lohnausgleich stattfinden.

Abg. Hermann (Wirtschaftspartei) verwies auf die große

Abg. Thiel (fortfahrend): Das Hindernis einer gesunden Fortentwicklung der Weltwirtschaft, so betont der Redner, ist der Versailler Vertrag. Wir verlangen daher mit Recht die Revision dieses Traktats, und die anderen Völker müssen sich klar darüber sein, daß die Krankheit im deutschen Wirtschaftskörper hinübergreifen muß in die Wirtschaft auch der anderen Völker. Unsere Steuerpolitik habe zu einer geradezu grotesken Überbelastung vieler Wirtschaftsbetriebe geführt und außerdem den Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verschärft. Redner setzte sich dann für die Erhaltung der Sozialversicherung ein, aber die Beiträge müssen durchgängig wieder auf 5 Prozent als Höchstmaß herabgesetzt werden.

Abg. Schmidt-Kassel (Christlichsoz.) erklärte, wie seien jetzt in den Kampf des Menschen um den Menschen und gegen die Maschine eingetreten.

Dieser Kampf ginge um die Wohlfahrt der Menschheit überhaupt.

Durch Einführung der Arbeitsdienstpflicht solle man die jungen Menschen aus der furchtbaren körperlichen und seelischen Gefahr der Arbeitslosigkeit retten. Man schaffe billigen Boden, der jeder Spekulation entzogen ist. Schließlich fordert der Redner ein Verbot der Beschäftigung polnischer Wanderarbeiter.

Die Verhandlungen werden dann auf Sonnabend vertagt.

Not des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes.

Bei der Festsetzung der Löhne habe man stets nur politische, nicht aber wirtschaftliche Erwägungen sprechen lassen. Der Mittelstand leide nicht nur unter der Bindung des Lohnes, sondern auch unter der faktellmäßigen Bindung der Preise für die Rohstoffe. Leider habe beiden Handwerk und Industrie die Schwarzarbeit von Arbeitslosen einen ganz außerordentlichen Umfang angenommen, da sich das Publikum gern dieser Leute bediene. Davor müsse dringend gewarnt werden. Der Redner wende sich dann gegen die Einbeziehung des Lehrlingswesens in den Tarifvertrag. Am Handwerk sei der Mensch noch nicht nur eine Nummer, dort herrsche noch ein persönliches Verhältnis zwischen Meister und Gesellen. Darum müsse

vor jeder ideoen Glottismacherei gewarnt werden.

Mit der bisherigen Politik habe man der Demokratie einen schlechten Dienst erwiesen. Der Arbeitsminister habe es in der Hand, das Klein Gewerbe als gleichberechtigten Stand in die Republik einzuführen.

Inzwischen ist eine sozialdemokratische Entschlebung eingegangen, die die Regierung erlucht, aus der auch für die Finanzierung der Dillhilfe herangezogenen Industriebelastung jährlich 50 Millionen für die Knappheitsversicherung bereit zu stellen.

Abg. Thiel (D. Vp.) wendet sich gegen

die Pläne neuer Steuererhöhungen.

Die Wirtschaft sei so ausgepreßt, daß derartige das Elend nur noch vermehren könnten. Gleichzeitig gebe das den besten Boden für eine üble Agitation.

Die Dörfle vor dem Reichstag.

Dem Reichstag sind nunmehr jene kürzlich vom Reichsrat behandelten Gesetzentwürfe zugegangen: das Dörflegesetz, das Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung und das Industriebaugesetz. Für den Bau von Eisenbahnen und sonstiger Verkehrslinien im Osten soll die Reichsregierung einen Betrag von 130 Millionen Mark aus Anleihemitteln bereitstellen und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft als Darlehen geben.

Die Not der Gemeinden.

In der Reichskanzlei fand eine neue Besprechung über die Wünsche der notleidenden preussischen Gemeinden auf finanzielle Unterstützung durch das Reich statt, an der von Seiten des Reiches außer dem Reichskanzler u. a. die Staatssekretäre Dr. Schäffer und Dr. Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium, von Seiten Preußens Finanzminister Höpfer-Schöff und Innenminister Seevering teilnahmen.

Polen.

Neue „Verurteilungen“ von Aufständischen.

Vor dem Bürgergericht in Tarnowitz wurde in zehn Fällen gegen 28 Aufständische, die während der Wahlzeit im Kreis Tarnowitz es zu Terrorakten gegenüber Deutschen kommen ließen, verhandelt. In den meisten Fällen handelt es sich um Mißhandlungen von deutschen Vertrauensleuten, Einschlagen von Fensterscheiben und sonstige Gewalttaten. Der größte Teil der Aufständischen wurde, wie üblich, aus „Mangel an Beweisen“ freigesprochen, während nur einige Aufständische mit ganz geringen Geldstrafen belegt wurden.

Aus In- und Ausland

Berlin. Die Filmoberprüfstelle hat den sozialdemokratischen Propagandafilm „Ins dritte Reich“ zugelassen.

Paris. Der Landesauschuss der Grubenarbeiter-Syndikate Frankreichs hat beschlossen, am 30. März in den Generalstreik zu treten. Der Streik wird sich auf sämtliche Grubenbezirke Frankreichs ausdehnen.

Moskau. In dem Öffentlich-Rechtlichen Ausschuss des lettischen Parlaments gelangte das Gesetz über die Enteignung der Deutschen Domäne zur Abstimmung. Das Gesetz wurde mit fünf gegen vier Stimmen abgelehnt.

Moskau. In Leningrad sind die ersten zwei großen russischen Motorschiffe fertiggestellt worden. Die beiden Schiffe werden in den Schiffsfabriken Leningrad-Odesa eingesetzt. Die Schiffe werden die Namen „Mag Holz“ und „Bela Run“ erhalten.

Die große Finanzermächtigung.

Der Reichsfinanzminister im Haushaltsausschuss des Reichstages.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages beriet den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung. Im Mittelpunkt der Aussprache stand der von der Deutschen Volkspartei, vom Zentrum, der Wirtschaftspartei und den Christlichsozialen eingebrachte Antrag, der Reichsregierung die Ermächtigung zu geben: „In dem Verlaufe des Rechnungsjahres Mehrausgaben oder Mindereinnahmen gegenüber den Ansätzen im Reichshaushaltsplan zu erwarten sind, Ausgaben des ordentlichen Haushalts bis zu der Gesamthöhe der Mehrausgaben oder der Mindereinnahmen abzugeben.“

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich gab einen Überblick über die Entwicklung der Reichseinnahmen und betonte, daß der übertriebene Pessimismus gewisser Kreise nicht in diesem Maße gerechtfertigt sei, wenn auch Gefahrenpunkte vorhanden seien, denen man rechtzeitig begegnen müsse.

Die Notlage der Gemeinden.

Besprechungen im Reichsarbeitsministerium.

Im Reichsarbeitsministerium werden am Sonnabend die Besprechungen, die in der Reichskanzlei über die Notlage der Gemeinden geführt worden sind, fortgesetzt. Im Mittelpunkt der Erörterungen dürfte auch im Arbeitsministerium der Vorschlag des Deutschen Städtebundes auf Vereinigung von Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge stehen. An den Besprechungen im Arbeitsministerium sollen neben den Ressortvertretern der Reichsregierung und der preussischen Regierung auch noch Vertreter anderer deutscher Länder teilnehmen.

Das Reichskabinett hat sich mit dem Vorschlag des Deutschen Städtebundes noch nicht befaßt. Im Reichsfinanzministerium aber begegnet der Plan deshalb größten Bedenken, weil hiernach die Mittel, die das Reich bisher in Höhe von 420 Millionen Mark für die Krisenfürsorge in seinen Haushalt eingestellt hat, um 280 Millionen Mark erhöht werden müßten, für die der Reichsfinanzminister keine Deckung hat. Der Vorschlag ist auch nur dann durchzuführen, wenn die Länder sich an den Lasten der Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge in entsprechendem Umfange beteiligen, woraus beispielsweise allein für Preußen eine Mehrbelastung des Haushalts um etwa 150 Millionen Mark erwachsen würde.

Die Strafverfolgung

von Reichstagsabgeordneten.

Beschlüsse des Geschäftsordnungsausschusses.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages stellte die Entscheidung über einen sozialdemokratischen Antrag betreffend Maßnahmen gegen diejenigen Abgeordneten, die den Reichstagsitzungen dauernd fernbleiben, zurück, weil noch nicht alle Fraktionen dazu Stellung genommen hätten. Er genehmigte dann einen Antrag auf Erlass eines Vorführungsbefehls gegen den Abg. Dr. Gäßbels (Nat. Soz.).

Dagegen verwarf er seine Zustimmung zur Vollstreckung der Erschließungsstrafe für eine Geldstrafe, die die Abg. Frau Blum (Komm.) nicht bezahlt hat, aber in Laten abgeben will.

Ferner genehmigte der Ausschuss einen Antrag auf Vollstreckung einer Gefängnisstrafe gegen den Abg. Münchmeyer (Nat. Soz.) mit der Begründung, daß dieser an den Arbeiten des Reichstages doch nicht teilnehme und die Nichtvollstreckung von Freiheitsstrafen nur dem Zweck diene, die Abgeordneten die Ausübung des Mandats zu ermöglichen.

Schließlich hatte der Ausschuss noch über neun Anträge auf Einleitung von Strafverfahren wegen

Beleidigung des Reichstages

zu beraten. Zunächst bestand die Absicht, die schwersten Fälle herauszugreifen. Dagegen wurde jedoch geltend gemacht, daß man die bisherige Praxis nicht ohne vorherige öffentliche Warnung verlassen dürfe. Bisher sind derartige Anträge vom Parlament selbst stets abgelehnt worden. Der Ausschuss beschloß, daß Vizepräsident von Kardorff in einer Vollsitzung den Willen

Erst Schneelawinen, jetzt Erdlawine

Zwei Dörfer vom Erdboden verschwunden

Schweres Einsturzungsglück in Savoyen.

Ein schweres Unglück, dessen Ausmaße sich noch nicht übersehen lassen, hat in der französischen Provinz Savoyen in den westlichen Ausläufern der Alpen zwei Dörfer vom Erdboden verschwinden lassen. Bereits seit mehreren Tagen wurde in der Gemeinde Châtelard ein langsame, aber ständiges Abrutschen der Bergmassen festgestellt. Man traf alle Vorsichtsmaßnahmen, um die Bevölkerung vor unangenehmen Überraschungen zu bewahren. In den späten Abendstunden des 12. März wurde dann der Präfeld der Provinz davon in Kenntnis gesetzt, daß sich

etwa vierzig Hektar Land

langsam auf das Dörfchen Granges zu bewegen und bereits die ersten Häuser erreicht hätten. Unter den ungeheuren Erdmassen verschwanden die Häuser. Die Bevölkerung ergriff die Flucht. Inzwischen sind die Erdmassen, die auf

etwa sechs Millionen Kubikmeter

geschätzt werden, mit einer Geschwindigkeit von 150 Metern in der Stunde vorgeedrungen und haben die Dörfer Vergues und Michaud vollkommen verschüttet. Michaud,

des Reichstages, nunmehr eine strengere Praxis einzuführen und seine Ehre auch durch Inanspruchnahme der Gerichte zu schützen, öffentlich Ausdruck geben sollte.

Das Gefrierfleisch.

Der Einspruch des Reichsrates gegen die zollfreie Gefrierfleisch-Einfuhr.

In der Reichsrats-Sitzung erklärte der Vertreter Thüringens, daß für den Einspruch Thüringens gegen die Wiedereinführung eines zollfreien Gefrierfleischkontingents die Erwägung maßgebend gewesen sei, daß die Wiedereinführung bei einer gegen die Vorkriegszeit gesteigerten Fleischzeugung und bei dauernd sinkenden Fleischpreisen eine schwere Schädigung besonders der mittleren und kleineren Bauernwirtschaften zur Folge haben und die Maßnahmen zur Hebung der Viehproduktion illusorisch machen würde. Für Preußen erklärte sich Staatssekretär Dr. Weismann gegen den Einspruch. Der sächsische Gesandte führte aus, die sächsische Regierung verleihe sich nicht der Notwendigkeit, den durch die Notzeit am schwersten Betroffenen die Sorge um die Ernährung zu erleichtern. Sie wende deshalb der besseren Versorgung mit Frischfleisch im Wege einer Preisüberwälzung die größte Aufmerksamkeit zu. Wenn aber auf diesem Wege nicht der gewünschte Erfolg erzielt werden könnte, würde die sächsische Regierung vor einer neuen Sachlage stehen.

Lippe schloß sich der Erklärung Sachsens an. Hamburg, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck erklärten sich mit Preußen gegen den Einspruch. Hessen enthielt sich der Stimme.

Reichsernährungsminister Schiele

führte aus, die Reichsregierung habe bereits im September vorigen Jahres dem zuständigen Ausschuss des Reichstages eine Vorlage unterbreitet, in der Mittel angefordert wurden für die Abgabe von verbilligtem Frischfleisch an die minderbemittelte Bevölkerung.

Ministerpräsident Braun über die Fleischfrage.

Ministerpräsident Braun äußerte sich im Hauptausschuss des Preussischen Landtages auch über die Frage der zollfreien Gefrierfleisch-Einfuhr. Er erklärte, das Staatsministerium sei zu der Überzeugung gelangt, daß das Interesse der deutschen Landwirtschaft durch die Einfuhr nicht in einem Maße geschädigt würde, daß es deswegen geboten erscheine, keine Rücksicht auf die großen Bevölkerungsschichten zu nehmen, die sich von der Gefrierfleisch-Einfuhr eine Besserung ihrer Lage versprechen. Hätte man seinerzeit die 20 Millionen zur Verbilligung des Frischfleischs verwenden können — es hätten sich da allerdings große technische Schwierigkeiten herausgestellt — dann wäre diese Gefrierfleisch-Einfuhr nicht mehr notwendig gewesen.

Die Krise in Thüringen.

Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Die Koalitionskrise in Weimar nimmt einen ersten Charakter an. Die Deutsche Volkspartei hat nochmals zur Lage Stellung genommen und eine Erklärung abgegeben, laut der die Nationalsozialisten auf ihre Frage, wie sie die Hindernisse der interfraktionellen Zusammenarbeit zu beseitigen gedächten, Vorschläge ihrerseits nicht gemacht, sondern im Gegenteil erklärt, daß sie gar nicht daran dächten, ihre gegen die Volkspartei gerichteten Presseauslassungen zurückzunehmen.

Damit haben die Nationalsozialisten sich außerhalb der Koalitionsgemeinschaft gestellt. Nach allem Vorgefallenen sei die Deutsche Volkspartei — so wird ausdrücklich festgestellt — von einer koalitionsmäßigen Bindung an die Nationalsozialisten nunmehr frei und sie habe sich demgemäß an koalitionsmäßige Abreden mit ihnen nicht mehr gebunden. Mit den anderen bisherigen Regierungsparteien werde die Volkspartei weiter in Fühlung bleiben; ob und wie die Schwierigkeiten, unter denen Thüringen gerade jetzt stärker als je zu leiden habe, in den nächsten Wochen überwunden werden können. Demgegenüber wird die Deutsche Volkspartei in der Zeitung Der Nationalsozialist für die Krise verantwortlich gemacht.

Die Nationalsozialisten, so heißt es darin u. a., ließen sich unter keinen Umständen das Recht einer Kritik an der Reichspolitik der Volkspartei nehmen und auch nicht die Tonart dieser Kritik vorbreiten. Der Artikel sei lediglich ein Vorwand und hinter diesen Mächenschaften steht die Reichsfraktion der DVP, die im Verein mit Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten die Selbstständigkeit des Landes Thüringen zerstören möchte. Wenn sich die thüringische Volkspartei zu solchen Mächenschaften bergibt, so bleibt den Nationalsozialisten nichts anderes übrig, als die Konsequenzen zu ziehen und das thüringische Volk von neuem zu befragen, ob es zu Koalitionen kommen oder ein selbstständiges nationales Land bleiben will.

Die Krisenmaßnahmen der Reichspost.

178 Millionen Mark Ersparnisse.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages hat die Beratung des Posthaushaltes begonnen. Reichspostminister Dr. Schögel erklärte, daß sich die durch die bisherigen sachlichen und personellen Rationalisierungsmaßnahmen erzielten Ersparnisse für die Zeit von 1927 bis heute

auf rund 178 Millionen Mark belaufen.

Das Personal der Reichspost sei von 305 000 beamteten Kräften Anfang 1922 auf 239 500 Köpfe Ende September vorigen Jahres verringert worden, so daß die Abnahme 20,6 Prozent betrage; während gegenüber 1913 die Einnahmen um 140 Prozent zugenommen hätten, habe sich der Personalbestand in dieser Zeit nur um 19,6 Prozent vermehrt. Dabei sei selbstverständlich, daß angesichts der anhaltenden Arbeitslosigkeit das Tempo der Rationalisierung sowohl bei der Automatisierung des Fernsprekbetriebes als auch bei der Beschaffung von Förderanlagen und namentlich bei der Einrichtung von Landpostkraftwagen möglichst verlangsamt worden sei. Dadurch sei es möglich gewesen,

viele Arbeitskräfte in ihren Stellungen zu belassen.

Viele Arbeitskräfte konnten auch dadurch beibehalten werden, daß der Erholungsurlaub der Beamten für 1931 schon vom Januar ab möglichst gleichmäßig auf das ganze Jahr

das aus etwa zehn Häusern bestand, ist vom Erdboden verschwunden. Die ungeheure Erdlawine zieht immer noch ihren Weg fort und zieht sich wie eine lange schwarze Schlange talabwärts.

Ganze Häuser bewegen sich auf der Oberfläche dieser Erdbild mit hinunter, um dann plötzlich zusammenzubrechen und zu verschwinden. Die Ingenieure, die aus allen Landesteilen herbeigeeilt sind, wollen versuchen, die Erdmassen in eine unbewohnte Gegend abzulenken. Sie haben zu diesem Zwecke einen Sturzbach umgeleitet und hoffen, daß die Wassermassen einen gewissen Einfluß auf die Richtung der Erdlawine ausüben werden. Man hat außerdem in den späten Nachtstunden eine Brücke gesprengt, um eine Teilung der Erdlawine hervorzurufen und dadurch ihre Wirkung abzuwachen. Glücklicherweise sind bisher keine Menschenleben zu beklagen, da die Bewohner alle noch rechtzeitig flüchten konnten.

Aus Chambéry wird gemeldet, daß sich auch bei Bellecombe

die Erdmassen in Bewegung gesetzt haben. 30 000 Kubikmeter Schutt und Gestein haben sich über die Ufer der Isère gewälzt und füllen das Flußbett aus. Die Isère hat sich in etwa 60 Meter Entfernung vom alten Flußbett ein neues Bett gegraben.

verleitet wurde. Vom September vorigen Jahres ab bis heute seien durch das

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost

rund 54 000 Arbeitskräfte vor Erwerbslosigkeit bewahrt worden. Der Minister betonte dann, daß die Folgen des Niederganges der Wirtschaft seit Juni vorigen Jahres auch bei der Reichspost in sehr starkem Maße eingetreten hätten. Seit einigen Monaten zeige sich aber, daß der Einnahmeverfall gleichbleibe, woraus man schließen könne, daß seit einiger Zeit auch bei der Reichspost

der Tiefstand des Niederganges bereits erreicht sei.

Die durch Gehaltskürzungen entstandenen Ersparnisse von 62 Millionen Mark würden an die Reichskasse abgeliefert.

Vertrauensvotum für Kabinett Laval.

Unerwartete Stärkung des französischen Ministeriums.

Die französische Kammer hat dem Kabinett Laval nach längerer angeregter Aussprache mit 340 gegen 215 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Für die französische Öffentlichkeit kommt dieser Abstimmungsvorgang unerwartet, da die Stimmung in der Kammer durchweg ungünstig schien und man schwere Angriffe besonders gegen den Finanzminister Lalande erwarten mußte.

Es muß wohl der Geschäftigkeit des Ministerpräsidenten zugeschrieben werden, der die peinliche Aussprache über die Angelegenheit der in Konkurs geratenen Luftfahrtgesellschaft „Aéro Postale“ in die Haushaltsdebatte hineinzubringen wußte. Die sozialistische Opposition geriet dadurch von vornherein in eine schwierige Lage und mußte ihren Vorstoß gegen den Finanzminister mit völlig unzureichenden Waffen und schlecht vorbereitet unternehmen. Die geschwächte Stellung des Kabinetts hat also eine ebenso unerwartete wie beträchtliche Stärkung erfahren.

Frankreichs Gesamthaushalt angenommen.

Mit einem Ueberschuß von 11 Millionen Franken.

Die französische Kammer hat den Gesamthaushalt mit 393 gegen 150 Stimmen angenommen. Der Haushaltsplan schließt mit einer Einnahme von 50 753 631 435 Franken und einer Ausgabe von 50 742 081 650 Franken, also mit einem Ueberschuß von 11 949 785 Franken ab.

Im Verlaufe der Aussprache wurde u. a. auch der vom Finanzausschuss eingebrachte Vorschlag angenommen, den Heereshaushalt um 2 v. H. zu kürzen. Die Regierung hofft jedoch, daß diese Kürzung vom Senat abgelehnt wird, so daß der Heereshaushalt in seiner ursprünglichen Form bestehen bleibt. Der Gesamthaushaltsplan ist bereits am Freitagabend dem Senat zugeleitet worden.

Lokales und Provinzielles.

Halber, den 14. März 1931.

Wohin?

Psalm 37, 5: Besiehl dem Herrn deine Wege und hoffe auf ihn, er wird's wohl machen.

An diesen Sonntagen zieht die Schere der Knaben und Mädchen zu den Älteren und dann geht's hinaus in das Leben. Wohin? Tausend Stimmungen werden loden von allen Seiten und aus dem eigenen Innern — welcher sollen sie folgen? Da heißt es beizeiten aufpassen, denn die Richtung, die eingeschlagen wird von Anfang an, die ist entscheidend: sie führt, wenn sie richtig ist, stetig und immer sicherer zum rechten Ziel — wenn sie falsch ist, je länger, desto weiter vom Ziel weg. Wie sollen die jungen Gemüter da richtig die Bahn finden, die zu finden uns Alten ja oft schon so schwer ist? Jedenfalls: aus den tausend Meinungen der Menschen nicht. Die Wogen und Wogen ab wie Wogen auf dem weiten Meer. Wenn aber der Seefahrer wissen will, wo er ist und wohin er muß, dann nimmt er sein Meßgerät und stellt es ein. Er stellt es aber nicht ein nach den Wogen und Wogen, den verwehenden und verwehenden, sondern er stellt es ein nach den Sternen, die ruhig und hell über Wogen und Wogen feststehen. Aus ihnen droben liest er ab, wohin er die Fahrt hier unten richten muß. So müssen wir unsere Jugend lehren, nicht nach dem Gewoge der Tagesmeinungen und der augenblicklichen Wünsche sich zu richten, sondern den Blick nach oben zu richten zu dem, der über allem Gewoge steht, ewig der gleiche, und aus seinem Licht zu lernen, wohin der Weg sich wenden soll. Laß dir von dem Herrn deine Wege befehlen, so wirst du es wohl machen, und dann: befehle dem Herrn deine Wege, er mach's ganz gewiß wohl — nicht leicht und bequem, aber immer richtig!

Wie wird das Wetter?

Die außerordentlich starken Schneefälle, die in der zweiten Märzwoche über Deutschland niedergingen, setzten im Süden ein und breiteten sich dann sehr rasch über fast ganz Deutschland aus. In der ersten Hälfte der Woche lagen wir noch im Bereiche kalter östlicher Luftströmungen; die Quecksilbersäule ging selbst in Mittel- und Norddeutschland auf 8 bis 10 Grad Celsius unter den Gefrierpunkt. Als dann aber ein ena umarenter Tiefdruck

Russische Probleme.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die Russlandreise einer Anzahl führender deutscher Industrieller auf eine Einladung der Sowjetregierung hin hat in der letzten Zeit großes Aufsehen erregt. Nach der Rückkehr der deutschen Reisenden erhob sich über das Resultat der Expedition in einem Teil der deutschen Presse ein großes Jubelgeschrei, trotzdem sich die Industriellen selbst über die erzielten Erfolge und Aufträge ziemlich zurückhaltend aussprachen. Gewiß ist es außerordentlich erfreulich, daß durch die Bestellungen, die Rußland bei uns gemacht hat, neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, und im Interesse unserer Arbeitsmarktlage nur zu begrüßen, aber dieses Aufbruchgebot hat doch auch seine Reverso, so daß es angebracht erscheint, etwas Wasser in den Wein der Begeisterung zu gießen. Da ist einmal die finanzielle Seite näher zu betrachten. Deutschland hat bereits einmal nach dem Abschluß des deutsch-russischen Abkommens im Jahre 1926 schlechte Erfahrungen mit einem weitgehenden Entgegenkommen auf dem Kreditgebiet gemacht. Damals wurde durch Bürgschaftübernahme des Reichs die Möglichkeit geschaffen, Lieferungsverträge bis zu 360 Millionen Mark abzuschließen, aber die daran geknüpften Erwartungen haben sich nur zu einem geringen Teil erfüllt. Rußland bestellt nämlich sehr gern, es nimmt auch ebenso gern sehr langfristige Kredite in Anspruch. Rechnet man dazu, daß es ebenso gern geneigt ist, an den Lieferungen Ausstände zu machen, um den zunächst vereinbarten Preis zu drücken, so wird man verstehen, daß das Rußlandgeschäft nur eine Sache für ganz große und kräftige Firmen ist und daß der verbleibende Gewinn oft nicht der aufgewendeten Mühe lohnt. Aber wir sind ja leider zurzeit in die Notlage verwickelt, Exportaufträge um jeden Preis anzunehmen, nur um die Betriebe aufrechtzuerhalten und Arbeit zu schaffen.

Ein weiterer Punkt ist die Gefahr, daß etwa bei der Erteilung der Aufträge handelspolitische Zugeständnisse auf Kosten der deutschen Landwirtschaft ins Auge gefaßt worden sind und gegen deutsche Industrieerzeugnisse, etwa russische Agrarprodukte, ausgetauscht werden sollen.

Schließlich ist auch zu bedenken, daß wir durch die Belieferung Rußlands mit Maschinen und Produktionsmitteln letzten Endes die Durchführung des Fünfjahresplans fördern, dessen Vollendung eine Riesengefahr bedeutet. Man befürchtet in eingeweihten Wirtschaftskreisen, daß Rußland vielleicht schon in einigen Monaten fähig sein wird, alle diejenigen Länder zu ruinieren und in die schlimmsten Wirren zu stürzen, die wie Deutschland und England hauptsächlich von ihrem Außenhandel leben. Eine Erschließung der unerschöpflichen Rohstoffquellen aller Art, wie sie Rußland im eigenen Lande besitzt, und eine Durchführung der Industrialisierung, wie sie in dem gigantischen Wirtschaftsplan vorgesehen ist, würde dann sehr schnell aus einem Abnehmer einen gefährlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt machen und diesen in noch größere Verwirrung stürzen, als er bisher schon ist. Allerdings dürfte die Verwirklichung des Fünfjahresplans von der Teilnahme oder Nichtteilnahme Deutschlands bestimmt nicht abhängen. Hält sich Deutschland zurück, so springen andere, und zwar hochkapitalistische Länder ein. Es ist ja die eigenümliche Erscheinung, daß in diesem Lande, das die Vernichtung des Kapitalismus auf seine Fahnen geschrieben hat, die Aufnahme derjenigen Fremden am freundschaftlichsten ist, deren Land das meiste Geld hat. Der Amerikaner ist der bevorzugteste Gast.

Ein Schluß davor, daß die Bäume der sowjetistischen Planwirtschaft nicht in den Himmel wachsen, ist aber darin gegeben, daß das Schicksal des russischen Volkes sich nicht in den Städten, den Horten der Industrialisierung, entscheiden wird. Es gibt in Rußland 23 Millionen Bauerbetriebe, die durchschnittlich etwa zwölf Hektar groß sind und auf denen etwa 120 Millionen Männer, Frauen und Kinder hausen und arbeiten. Die Lebensquelle dieses Volkes ist die Bodenbearbeitung. Mehr als 90 Prozent des Volkes finden darin unmittelbar ihre Beschäftigung. Daß es für die Sowjetbehörden nicht leicht ist, diese wie die Bauern der ganzen Welt individualistisch eingestellten Landbewohner zum Kommunismus zu bekehren, was Entwurzelung und Freiheitsberaubung bedeutet, das zeigen die Schwierigkeiten, die überall in Rußland von der Dorfbewölkerung der Ausbreitung der kommunistischen Betriebswirtschaft gemacht werden. Die kürzlich erfolgte Auswanderung der deutschstämmigen „Kulaken“ gab einen sprechenden Beweis dafür, wobei man sich hüten muß, wie es vielfach geschieht, unter „Kulaken“ Großbauern zu verstehen. Jeder Bauer fängt in Rußland alle fünf Jahre wieder unter den gleichen Bedingungen zu arbeiten an wie sein Nachbar. Wer nun innerhalb dieser fünf Jahre tüchtig und fleißig ist und sich emporarbeitet, indem er mehr Vieh hält, besser düngt und mehr erntet, der verfällt der Verfolgung durch den Staat, dem er wirtschaftlichen Nutzen bringt, aus politischen Gründen. Durch Steuern wird er erdrückt und durch die Polizei und politische „Stoßtrupps“ drangaliert. Der russische Bauer ist geduldig, aber die Liebe zu seiner angestammten Scholle ist sprichwörtlich. Die Kernfrage des russischen Problems ist wohl die: Wird sich die städtische industrielle Arbeiterminderheit mit der ihr künstlich aufgepflanzten Weltanschauung auf die Dauer durchsetzen können gegen das natürlich gewachsene „Vaterlands“- (im eigentlichen Sinne des Wortes) Gefühl des Bauern? Dr. S.

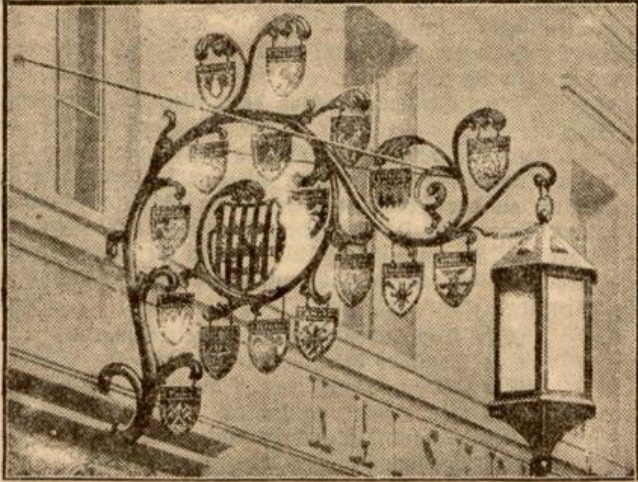
Handwerk im Mittelalter.

Jeder sein eigener Handwerker. — Der freie Handwerkerstand in den Städten. — Das Zunftwesen.

Es ist von höchstem Interesse, anlässlich der „Reichshandwerkswoche“, der unter dem Ehrenprotectorat des Reichspräsidenten stehenden Verbewoche für das deutsche Handwerk, einen kurzen Rückblick zu werfen auf die Entwicklung des Handwerks in deutschen Ländern. Als auf das frühe Mittelalter muß man zurückgehen, um den Handwerksbetrieb, von dem es schon frühzeitig hieß, daß er einen „goldenen Boden“ habe — was aber durchaus nicht immer zutrifft — in seiner ganzen großen Bedeutung kennenzulernen.

In frühester Zeit suchte sich jeder diejenigen einfachen Gegenstände, deren er dringend bedurfte, selbst herzustellen, wie es ja wohl noch jetzt hier und da geschieht. In dieser Form, die in das Kapitel „Hausfleiß“ gehört, ist das Gewerbe älter als die Landwirtschaft. Später wurden derartige Arbeiten den Frauen und den Sklaven überlassen oder von Lohnarbeitern ausgeführt und erst im Mittelalter bildete sich in den Städten ein freier Handwerkerstand, der der Hauptvertreter des erwerbenden Mittelstandes wurde. Wichtig ist die fortschreitende Abstreifung der anfänglichen Verbindung mit landwirtschaftlicher Tätigkeit. Die Bevölkerungszunahme und der

wachsende Verkehr in den Städten, zumal in den süddeutschen Städten, erlaubten eine ausschließliche Beschränkung auf die gewerbliche Arbeit, zugleich eine stete Vervollkommenung und Spezialisierung derselben. Zunächst findet man in der Stadt eine ganze Reihe von Handwerken, die schon auf dem Lande wirkliche Handwerke gewesen waren, die der Schmiede, Böttcher, Drechsler, Leberarbeiter. Weiter bilden sich als Handwerke auch die Nahrungsmittelgewerbe aus: die Menge derer, welchen ein hauswirtschaftlicher Betrieb nicht mehr möglich oder bequem war, rief die Handwerke der Bäcker — es gab sogar ganze Bäckerstädte, wie Soest —, der Brauer, der Fleischer, der auf dem Lande als selbständige Handwerker kaum vorgekommen waren, hervor. Daß die Müller in der Stadt eine geringere Rolle spielten, war bei der notwendigen Größe der Mühleanlage nur natürlich. Weiter treten dann die auf dem Lande hauswirtschaftlich betriebene Töpferei, ebenso die Weberei und die Bekleidungsindustrie (Schneider, Schuhmacher



Zur Reichshandwerkswoche vom 15. bis 22. März 1931. Die Zierlaterne am Handwerkhause in Halberstadt mit den Wappenschildern aller dortigen Handwerksinnungen.

(u. a.) als wichtige Handwerke auf. Auch die Metallarbeiter erfuhren neue Anregung: dem Waffenbedürfnis der Zeit wird in bequemerer Weise als früher Rechnung getragen. Mit der zunehmenden Erhöhung der Lebenshaltung, dem Eindringen fremder Waren und Produkte wird dann der Kreis der Handwerke immer größer und ihre Leistungen werden dem Bedarfe und der Nachfrage entsprechend immer kunstreicher.

Nicht wenig trugen zu der günstigen Entwicklung der Handwerke die von den Genossen desselben Gewerbes gebildeten Innungen oder Zünfte bei. Nicht jeder durfte sich einem Handwerk widmen. Ausgeschlossen waren z. B. unehelich geborene Kinder und Kinder, deren Vater ein fog. unehrliches Gewerbe betrieben oder ein Verbrechen begangen hatte. Obwohl die Zunft durch die kleinliche Beschränkung alles Aberragenden und die Unterdrückung der freien Konkurrenz früh empfindliche Schattenreize zeigte, muß man doch der Wahrheit gemäß gestehen, daß die durch den Zunftzwang getriebene Produktion die Blüte des Gewerbes geradezu mit hervorgerufen und, daß die Zunft den Stolz und den Zusammenhang der Handwerker außerordentlich gestärkt hat. Zweifellos reichte die Bedeutung der Zunft über das Gebiet der Arbeit weit hinaus: sie machte vielfach die politische und immer die militärische Organisation der Stadt aus.

Ihre größte Bedeutung lag jedoch auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Zunft hatte das Bestreben, ein möglichst gleiches Dasein aller Glieder zu erzwingen. Wenn die Zunft ihren Mitgliedern gewissermaßen ein „Recht auf Arbeit“ gab, so beschränkte sie doch den Willen, die Gaben des einzelnen in hohem Grade. Keiner sollte schwach, aber auch keiner zu stark sein. Die Zunft sorgte für den Rohstoff, kaufte entweder gemeinschaftlich durch besondere Einkäufer ein und gab jedem seinen Teil oder verbot wenigstens den Bezug zu günstigeren Bedingungen, z. B. durch Vorkauf, gestattete auch nur den Einkauf auf dem jedem offen stehenden Markte. Dabei durfte niemand mehr Material erwerben, als er persönlich verarbeitete. Es durfte ferner niemand besonders feine Einrichtungen und neuartige Werkzeuge haben. Die Gleichstellung der Meister zeigte sich weiter in der genau festgesetzten Zahl der Lehrlinge (1–2) und der Gesellen (2, höchstens 4); nur waren die angehenden Meister insofern im Nachteil, als sie erst nach einiger Zeit Lehrlinge halten durften. Die Arbeitslöhne waren ebenfalls fixiert. Bei manchen Handwerken gab es endlich gemeinsame Arbeitsstätten, wie etwa bei den Wollwebern Wollschlägen. Auf diese Weise war auch eine Fixierung der Preise bis ins einzelne möglich.

Andrang zur Großstadt.

Bevölkerungsbewegung in den deutschen Großstädten.

Aus den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsblattes ergibt sich ein Überblick über die Bevölkerungsbewegung in den deutschen Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern im Laufe der letzten drei Jahre. Danach ist die Zahl der in Großstädten wohnenden Volksgenossen für das Jahr 1930 auf 19 425 000 gestiegen gegenüber 17,9 Millionen im Jahre 1928. Das bedeutet also eine weitere Zunahme der großstädtischen Bevölkerung. Die Geschlechtsverhältnisse innerhalb der Großstädte haben im Jahre 1930 abgenommen. Sie betragen nur noch 9,7 auf das Tausend der Einwohner gegenüber 10,3 im Jahre 1929. Die Zahl der Lebendgeborenen hat ebenfalls auf das Tausend berechnet einen geringen Rückgang erfahren. Sie betrug nur noch 14,3 im Jahre 1930 gegenüber 14,6 im Jahre 1929 und 14,9 im Jahre 1928. Die Sterblichkeit im Säuglingsalter hat auf das Tausend entsprechend abgenommen; sie betrug 80 im Jahre 1930 gegenüber 92,9 im Jahre 1929 und 86 im Jahre 1928. Die allgemeine Sterblichkeit hat weiterhin einen Rückgang aufzuweisen, sie betrug 10,9 auf das Tausend im Jahre 1930 gegenüber 12,5 im Jahre 1929 und 11,5 im Jahre 1928.

Von den Todesursachen sind folgende hervorzuheben: Die Sterblichkeit an Diphtherie betrug 0,12 im Jahre 1930 gegenüber 0,08 im Jahre 1928. Sie zeigt also eine erhebliche Zunahme. Zurückgegangen ist die Sterblichkeit an Grippe und Lungenerkrankungen, die 1930 nur 0,03 gegenüber 0,22 im Jahre 1929 und 0,05 im Jahre 1928 betrug. Einen erheblichen Rückgang weist die Sterblichkeit an Ruhr auf. Sie betrug 0,003 im Jahre 1930 gegenüber 0,01 in den Jahren 1929 und 1928. Die Sterblichkeit an Tuberkulose betrug 1930: 0,81, 1929: 0,80, 1928: 0,90. Die Sterblichkeit an Krebs hat sich prozentual wenig verändert; sie betrug 1,33 im Jahre 1930 wie in den Vorjahren.

Die bremische und preussische Polizei.

Zuständigkeiterweiterung als Auswirkung des Staatsvertrages.

In dem zwischen Bremen und Preußen abgeschlossenen Staatsvertrag steht eine Bestimmung die Regelung und Erweiterung der Zuständigkeitsfrage der bremischen und preussischen Polizeibeamten vor. Diese Bestimmung ist jetzt in Kraft getreten.

Es handelt sich darum, daß unter gewissen Voraussetzungen durch diese Bestimmung die Handhabung für polizeiliche Amtshandlungen preussischer Beamten auf bremischem Gebiet und umgekehrt für bremische Beamte auf preussischem Gebiet sich bietet. Im Verfolg des Staatsvertrages ist nun zwischen dem Bremer Senat und dem preussischen Innenministerium ein Abkommen getroffen, nachdem die bremischen Polizeibeamtens in den Landkreisen Osterholz, Lte. Achim, Lehe, Geestmünde und Stadtkreis Wesermünde die Amtshandlungen vornehmen können, demgegenüber sind preussische Beamte nunmehr im gesamten Staatsgebiet der Hansestadt unter gewissen Voraussetzungen zuständig.

Italienischer Torpedobootsbesuch in Algier.

Bedeutung politischer Akt nach Unterzeichnung des Flottenabkommens.

In Algier traf ein italienisches Torpedobootsgehwader zum Besuch ein, das aus acht der modernsten italienischen Torpedoböote besteht. In französischen Kreisen mißt man diesem Besuch ein so größere Bedeutung bei, als er direkt nach dem Abschluß des französisch-italienischen Flottenabkommens erfolgt. Man versucht, in ihm die symbolische Bedeutung dafür zu erblicken, daß Frankreich und Italien in Zukunft Hand in Hand miteinander gehen werden. Der italienische Admiral Bucci, der das Geschwader führt, stattete sofort den französischen Behörden von Algier und dem Generalgouverneur einen Besuch ab.

Das uneinige Indien.

Streitigkeiten unter den indischen Nationalisten.

Nachdem die indische Regierung das Gebäude der Kongreßmitglieder in Bombay wieder freigegeben hatte, das im Oktober beschlagnahmt worden war, kam es bei der Ueberrahme zu wilden Tumulten. Etwa 200 Kongreßfreiwillige stürmten das Gebäude und hielten die rote Flagge. Die ganze Nacht hindurch hielten sie das Gebäude besetzt, um am Morgen die feierliche Eröffnungsszene zu verhindern.

Die extremen Elemente, die meistens aus Pathans und Sikhs bestanden und sich mit Polizeistößen bewaffnet hatten, warfen sich bei Ankunft der Eröffnungssprechung quer vor die Eingänge. Nach dreistündigen Verhandlungen machten sie endlich Platz, bewarfen aber dann eine halbe Stunde nach Beginn der Feierlichkeiten das Gebäude mit Steinen und griffen die anderen Kongreßfreiwilligen mit ihren Stöcken an. Fünfzig Personen wurden verletzt und mußten ins Hospital gebracht werden.

Das Urteil im Leipziger

Waffendiebstahlsprozeß.

Hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.

Im Leipziger Waffendiebstahlsprozeß hat der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts das Urteil gesprochen.

Der Reichswehrangehörte Herbert Pestner wurde wegen schweren Diebstahls in Tateinheit mit einem Vergehen gegen das Schusswaffengesetz zu fünf Jahren Zuchthaus unter Abkürzung der Ehrenrechte auf zehn Jahre verurteilt; der zweite Hauptangeklagte, der Schleifer Lehmann, wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Tateinheit mit Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz sowie gegen das Schusswaffen- und Kriegsgerätesgesetz zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren sechs Monaten.

Zwei Angeklagte, der Zimmerer Hoffmann und der Tischler Döring, erhielten Gefängnisstrafen von fünf und vier Jahren. Von den übrigen Angeklagten erhielten vierzehn Gefängnisstrafen von neun Monaten bis zu drei Jahren, während zehn zu Festungshaft von einem bis zu zwei Jahren verurteilt wurden. Vier Angeklagte wurden freigesprochen. Bei allen Angeklagten, außer bei Pestner und Schumann, erkannte der Senat

die Überzeugungsstäterschaft

an. Die erlittene Untersuchungshaft wird bei allen Verurteilten angerechnet. Soweit Freisprechung erfolgte, fallen die Kosten des Verfahrens der Reichskasse zur Last. Es ist zu bemerken, daß der Senat sich im wesentlichen unter den Strafanträgen des Reichsanwaltes gehalten hat.

In der Begründung des Urteils

heißt es u. a.: Der Senat habe als erwiesen angesehen, daß der Reichswehrangehörte Pestner sich in großer Geldverlegenheit befand und sich daher entschloß, Angehörigen der R. P. D. Waffen aus dem ihm anvertrauten Lager zu verlaufen. Die unter Anklage gestellten R. P. D.-Angehörigen hätten teils mit Pestner über dieses Geschäft verhandelt, teils hätten sie bei dem am 22. Februar 1930 durchgeführten Raubzuge im Reichswehrwaffenlager aktiv oder durch Postenstehlen mitgewirkt. Das amtliche Stellen der R. P. D.

von dem Waffendiebstahl gewußt haben, sehe der Senat als erwiesen an. Der Senat unterstellte auch, daß die Angeklagten der Überzeugung gewesen seien, es handle sich um ein zur Ausrüstung rechtstehender Organisationen bestimmtes Waffenlager, das sie durch ihre Tat dieser Bestimmung entziehen wollten. Aber selbst diese Annahme schließt keineswegs aus, daß die gestohlenen Waffen zur Bewaffnung kommunistischer Organisationen und zur Verübung für den gewaltsamen Umsturz hätten bestimmt werden können.

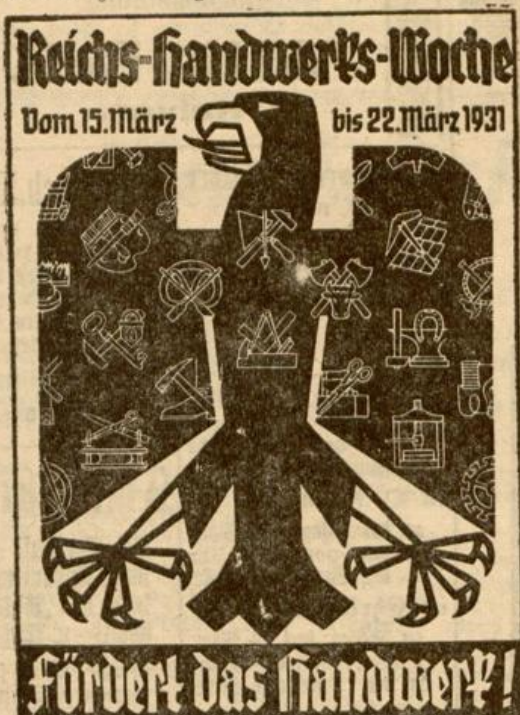
Aus dem Gerichtssaal

§ Der Goldmacher Kirschditzgen bedingt begnadigt. Der kurz vor Weihnachten vorigen Jahres in Düsseldorf wegen fortgesetzten Betruges zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilte „Goldmacher“ Kirschditzgen ist mit Wirkung vom 1. April d. J. ab insofern begnadigt worden, als die Strafe bedingt ausgesetzt wird.

§ Der „Prophet“ Weisenberg von der Berufungskammer freigesprochen. Der vielgenannte, 75 Jahre alte Berliner „Prophet“ und „Wunderheiler“ Joseph Weisenberg war vor einiger Zeit vom Berliner Obergericht wegen fahrlässiger Tötung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte einen Säugling, der an einer Augenkrankheit litt, mit weißem Käse behandelt und das Kind soll infolge dieser Behandlung erblinden sein. Gegen das Urteil des Obergerichts hatten der Staatsanwalt und der Angeklagte Berufung eingelegt. Von der Berufungskammer wurde Weisenberg jetzt von der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung freigesprochen.

wirbel vom Westen her zur Ostsee vordrang und die Schneefürne brachte, kamen wir in westliche Luftströmungen. In Westdeutschland stiegen die Temperaturen rasch an. Bei Aufbeiterung kam es dann aber in der Nacht zum Freitag wieder allgemein zu Nachfrösten. Wir liegen jetzt weiter im Bereich südwestlicher bis westlicher Luftströmungen. Bei wechselnder Bewölkung ist wohl nachts mit stärkerem Temperaturrückgang zu rechnen, doch dürfte am Tage die Schneefürne zu ziemlich hoch klettern. Wenn die Schneedecke rasch abschmelzen sollte, dürfte die Hochwassergefahr immer ernster werden.

—* Zur Reichshandwerkswoche! Wenn trotz der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart ein Berufsstand sich zu einer einheitlichen Werbemaßnahme entschließt, um allen Volksgenossen seine Bedeutung und seine Notwendigkeit für die Gesamtheit vor Augen zu führen, so ist das eine Handlungsweise, die besondere Anerkennung verdient.



verdient. Sie zeugt von der Entschlossenheit, sich ungeschert aller Schwierigkeiten zu behaupten. Gerade die Entwicklung des Handwerks im Regierungsbezirk Arnberg, in dem die Industrie zu einem beträchtlichen Teile vorherrschend ist, hat gewiesen, daß dem Handwerkerstande auch im Wirtschaftsleben der Gegenwart sein Platz zukommt. Ich wünsche deshalb der Reichshandwerkswoche vollen Erfolg.

Halber

—* Auf die Bekanntmachung des Finanzamtes betr. Zahlung der rückständigen Kirchensteuern wird hiermit noch besonders aufmerksam gemacht.

—* Im Rahmen der kirchlichen Aufbauwoche sprach gestern Abend der Direktor des Ev. Predigerbundes von Westfalen, Pastor D. Windler-Witten über das Thema: „Die Kirche im Streit der Gegenwart“. Er führte u. a. aus, Menschen der Gegenwart würden gefordert, nicht etwa Leute von gestern, die nicht mit unserer Zeit fertig werden können oder sich um ihre Not nicht kümmern. Auch „Leute von übermorgen“, die immer von zukünftigen Zeiten redeten, ohne die Aufgaben des Tages anzupacken, würden den Anforderungen des Tages nicht gerecht. Wir brauchen Menschen mit klarem Tatkraftsinn und entschlossenem Willen, heute das Notwendige zu tun, das sei uns mehr Aufgabe des Christen, als dieser auch in der in mancher Hinsicht unbegreiflichen Gegenwart die Hand Gottes erkennen müsse. — Das Zeichen unserer Zeit sei der erbitterte Streit auf der ganzen Linie des Lebens. In Politik und Wirtschaft, wie in den Fragen der sittlichen Lebensgestaltung kämpften die verschiedenen Richtungen miteinander auf das härteste. Im letzten Grunde habe aber auch dieser Streit eine religiöse Wurzel. Mit der Bindung an den für alle verbindlichen Gotteswillen habe die Menschheit wie unser Volk, die alle Verschiedenheit der Meinungen überwindende Kraft und auch den Willen zur Einheit weitlich verloren. Am schärfsten trete die im letzten Grunde religiöse Ursache alles Kampfes in dem radikalen Atheismus Russlands in Erscheinung. Dieser habe mit der Internationalen der Gottlosen auch in Deutschland sein Kampfsquartier aufgeschlagen von dem aus er nun mit radikalen Mitteln gegen christlichen Glauben und christliche Sitten Sturm laufe. In dieser Lage sei die Aufgabe der Kirche riesengroß. Als eine wirklich lebendige Gemeinschaft und bewußte Kämpferschar Christi müsse sie auf allen Linien des öffentlichen Lebens, in Presse, Gesetzgebung, Erziehung und Wohlfahrtsarbeit den Kampf aufnehmen und durch ein vorbildliches Gemeinschaftsleben die helfende und heilende und zugleich stärkende Kraft des christlichen Glaubens bewahren. — Heute Abend wird der Geschäftsführer des Westf. Gustav Adolf-Vereins, Pastor Kieneder aus Hamm, sprechen über „Die Kirche und ihre Brüder unter dem Kreuz, insbesondere in Russland.“

—0 Polizeiliches. Gefunden: Ein Modelschlitten. Eigentumsansprüche sind in der Verwaltungsgeschäftsstelle Schalksmühle geltend zu machen.

—0 Polizeiliches. Im Monat Februar 1931 wurden von der hiesigen Polizeiverwaltung Straßverbrechen eingeleitet: wegen Brandstiftung 1, wegen Einbruchdiebstahls und Diebstahls 3, wegen Betrugs 3, wegen Verdröhung und Körperverletzung 4, wegen unberechtigten Waffentragens 3, wegen Transportgefährdung 1, und wegen Sachbeschädigung 2.

Es ereigneten sich 2 Verkehrsunfälle, deretwegen polizeiliche Ermittlungen stattfanden. Wegen Übertretungen wurden insgesamt 36 Personen angezeigt. Hauptächlich handelte es sich dabei um verbotswidriges Handeln auf öffentlichen Straßen, irreführende Bezeichnung von Lebensmitteln und Inverkehrbringen verschmutzter Milch. Drei der Angezeigten wurden bestraft, die übrigen verwahrt. Eine Person wurde als vernünftig gemeldet, ihr Aufenthalt aber bald ermittelt. Ferner wurden 4 Fundstücke abgeliefert, die in 2 Fällen den Verlierern zurückgegeben werden konnten.

—: Die Kraftverkehrs-Gesellschaft „Wupper-Sieg“ mußte auf der Linie Wipperfürth-Lüdenscheid den Autobusverkehr einstellen, da es zwischen Ruyberg und Halber nicht möglich war, die gewaltigen Schneemengen mit dem Schneepflug zu beseitigen. Da man Tag und Nacht bemüht ist, die mehrere Meter hohen Schneeverwehungen zu beseitigen, dürfte mit einer baldigen Wiederaufnahme des Verkehrs zu rechnen sein. Vorerst behilft man sich mit freckentweitem Pendelverkehr.

Sitzung der Gemeinde-Vertretung Kierspe.

—6 Kierspe, 14. 3. 31.

Im Sitzungssaale des Amtshauses fand am Freitag nachmittag eine Sitzung der Gemeindevertretung statt, die vom Gemeindevorsteher Heutelsch eröffnet und geleitet wurde. Vor der eigentlichen Sitzung fand eine Sitzung des Wohlfahrtsausschusses statt, in welcher Unterstützungsfälle erledigt wurden. In der Gemeindevertretung wurden Wohnungssachen in geheimer Beratung behandelt. Einige Bürgerschaften wurden übernommen. Die Gemeindeglieder an der Lindenstraße in Kierspe an der Hochstraße in Kierspe-Bhf. und das Postgebäude in Kierspe sollen mit Kalkfarbe von außen gestrichen werden. 3. Uebernahme von Vorhüssen, die in der Erwerbslosenfürsorge entstanden sind, wurden insofern erledigt, als die Gemeindevertretung dem Beschluß der Amtsvertretung nicht beistimmen kann. Die Vertretung lehnt eine Uebernahme ab und beschließt, die Angelegenheit der Regierung zwecks Entscheidung vorzulegen. — 4. Wegeachen: Dem Antragsteller H. Emde in Bordinghausen soll ein kleiner Spließteil vor seinem Hause zum Preise von RM 20.— überlassen werden. Eine weitere Parzelle den Landwirt Fissler, Bordinghausen angehend ist in entsprechender Weise anzuschreiben. In beiden Fällen sind die entstehenden Umhüllungskosten von den Interessenten zu tragen. Bevor ein Aufgebot in einer Grundstücksangelegenheit in Oberbreitende erlassen wird, sind die dadurch entstehenden Kosten festzustellen. — 5. Schulsachen: Der Gemeindevorsteher brachte ein Schreiben des Preuß. Ministers für Kunst und Wissenschaft zu Verlesung, welches die Einschränkung der Schulstunden betrifft. Den Schulleitern ist dieses zur Kenntnis zu bringen und sie um Stellungnahme zu ersuchen. Mit der Einrichtung und Fertigstellung des Zeichenraumes in der Volksschule in Kierspe-Bhf. zum Kostenpunkte von Mark 979.— ist die Vertretung einverstanden. In zwei Fällen wurden rückständige Schulgelder gestundet. Die Uebernahme von Kosten, die durch den Besuch der Berufsschule von jugendlichen Erwerbslosen entstehen, wurde abgelehnt. In der Frage der Besetzung der 6. Schulschule in Kierspe-Bhf. sowie der 2. Schulschule in Kierspe-Bhf. hält die Vertretung den Beschluß der letzten Sitzung voll und ganz aufrecht und will man vor weiteren Schritten die Stellungnahme der Regierung abwarten. Seitens des Bürgermeisters ist dieser Beschluß zwar be-

anstandet worden; doch sieht sich die Vertretung vorerst nicht veranlaßt, einen anderen Beschluß herbeizuführen. Das von gewisser Seite in die Presse gebrachte „Eingefandte“ in der Frage der Schulschule in Kierspe wird von der Vertretung einmütig zurückgewiesen und ausdrücklich betont, daß man nur den Wünschen beider Schulbezirke in gerechter Weise dienen will. Dem Antrage eines auswärtigen Handelslehrers auf Anstellung wurde nicht entsprochen. — 6. Festsetzung von Reisekostenentschädigungen: Man beschloß in Zukunft nur noch die bar verauslagten Reisekosten zu zahlen und die Aufwandsentschädigung der Beamten fallen zu lassen. 7. Beihilfenanträge des Turnvereins Kierspe: Dem Antrage des Turnvereins entsprechend soll die Spielplatzkommission und der Amtsbaumeister feststellen, welche notwendigen Arbeiten auf dem Sportplatz auszuführen sind. Nach erfolgter Prüfung sind dieselben durch Wohlfahrtsverbände vorzunehmen. Die Herausgabe von Mitteln zur Anschaffung einer Sporthalle wurden vorerst abgelehnt. — 8. Wasserabrechnung: Die Kosten für 2 Wasseraufschlüsse wurden nach eingehender Beratung herabgesetzt. Amtsbaumeister Böhrke berichtete über den Stand der Kapitalbeschaffung für die großzügige Erweiterung der Wasserwerksanlagen in Wildenkufen. Demnach sind die erforderlichen Mittel in Höhe von 12.500.— aus verstärkter Forderung, RM 12.500 aus Reichsmitteln und RM 10.080 durch das Landesarbeitsamt zur Verfügung gestellt. Weitere Mittel werden noch erwartet, jedoch bei Eintritt besserer Witterung sofort mit den Arbeiten für die Wasserleitung zum Hühnerbusch und der Leitung einschl. des Hochbehälters auf dem Arney begonnen werden kann. Dadurch wird einer größeren Zahl Erwerbsloser für längere Zeit Arbeit gewährt. Unter Verschiedenes wurde ein Antrag des Bundes der Kinderreichen behandelt. Die Zulassung eines Vertreters zu den geheimen Sitzungen des Wohlfahrtsausschusses wurde abgelehnt. Dagegen sollen die Lehrer angewiesen werden, der Vertretung anzugeben, welche Lehr- und Lernmittel für die Kinder der Kinderreichen notwendig sind. Es soll festgestellt werden, welche Dividende von „Mark Sauerland“ in den letzten Jahren vereinnahmt worden sind. Wegen der Erstattung eines Betrages für die der Apotheke bei Gründung zur Verfügung gestellten Einrichtungsgegenstände soll erneut mit der Apotheke verhandelt werden. Schluß der Sitzung 18.30 Uhr.

—& Unser Mitbürger Wilhelm Crone hier selbst, Taubertstraße, vollendet morgen, Sonntag, den 15. März sein 86. Lebensjahr. Ein anderer Mitbürger aus der Gemeinde, Friedrich Wilhelm Clever zu Straßberg, Post Oberbrügge, vollendet am folgenden Tage, Montag, den 16. März, sein 81. Lebensjahr. Beide Altersjubilare erfreuen sich noch einer guten Mäßigkeit und Frische. Wir entbieten beiden unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

—) Hohes Alter. Unser Mitbürger Johann Kriehn hier selbst, Berlinerstraße wohnhaft, kann am Montag, den 16. März seinen 78. Geburtstag begehen. Wir entbieten dem Geburtstagskinde unsere besten Glückwünsche und noch manches Jahr guter Gesundheit.

—: Am Montag, dem 16. März findet im Haus zur Fuhr eine öffentliche Versammlung der A. S. D. M. P. Ortsgruppe Halber statt. Pg. Stadtverordneter Otto Voß, Bochum spricht über das Thema: „Acht Monate, besonders bewährter Vertrauensmann“ des preussischen Innenministeriums. Wir verweisen auf das Inserat in der gestrigen Ausgabe unserer Zeitung.

Wir sticken

gratis

alle während dieser Woche gekaufte

Bett- und Leibwäsche

wie aus Stoffen angefertigte Ware.

Alsberg

Lüdenscheid.

Schalksmühle

—r Der Verkehrsverein Schalksmühle hatte am Donnerstag zu seiner ersten Jahreshauptversammlung in das Hotel Hüffer eingeladen. Nach dem Geschäftsbericht zählt der Verein z. Bz. 107 Mitglieder, darunter 3 Vereine. Dem Kassenträger wurde Entlastung erteilt. Albert Klein schmidt wurde als Kassenträger neu gewählt. Der eingetragene Verein ist dem Westfälischen Verkehrsverband als Mitglied angegeschlossen. Recht günstig hat sich die vorjährige Werbestatistik ausgewirkt. Die Aufstellung der neuen Verfahrtsliste erfolgt in nächster Zeit. U. a. ist vom Verein angeregt worden: Ausbau der Bahnhofstraße, Offenlegung von Gemeindegewaldungen, Anlage eines Strandes, Licht- und Luftbades, die erweiterte Auflegung von Sonntagskarten, Durchführung des Kraftwagenverkehrs für die Personenbeförderung, Aufstellung von Plakatständern, Verlängerung der Polizeistunde bis zu den Spätzügen und Ausdehnung der Werbefahrten über Schalksmühle. Mehrere Waldwege und die älteren Ruhebänke sind ausgebaut. 40 weitere Bänke neu beschafft worden. Das vorgelegte neue Werbematerial fand guten Anklang. Alle sargungsgemäß ausstehenden 6 Reiser wurden wiedergewählt. Mit vielem Dank für die reichliche Unterstützung der Vereinsbestrebungen und der Bitte um weitere regsame Mithilfe wurde die Versammlung geschlossen.

—r Ein Verkehrsunfall ereignete sich am Freitagnachmittag auf der Volmestraße in der Nähe des Gemeindebüros der Gemeinde Hülshaus. Ein Kind des Paders Sch. aus der oberen Hülshausstraße wurde von einem fremden Auto angefahren und trug Hautabschürfungen und Quetschungen davon, die anfangs bedenklicher erschienen als die Wirklichkeit später bewies.

Brücke. Feuer. Vorgehen morgen gegen 3 1/2 Uhr ertönte die Feuer sirene. Es brannte das der Ww. Freese gehörige Wohnhaus, worin sechs Familien wohnen. Außerdem befindet sich eine Metzgerei darin. Der Anbau sowie der Dachstuhl des Wohnhauses standen bald in hellen Flammen. Die Feuerwehr war schnell zur Stelle. Durch ihr tatkräftiges Eingreifen konnte dem Feuer bald Einhalt geboten werden, jedoch die Gebäude dem Feuer nicht ganz zum Opfer fielen. Bei Nachbarn fanden die Bewohner des Hauses vorläufig Unterkunft. Gegen 8 1/2 Uhr konnte die Wehr wieder abrücken. Wie das Feuer entstanden ist, konnte noch nicht geklärt werden.

Fierlohn. Gestern mittag gegen 12 Uhr wurde auf einen Kassenboten der Firma J. D. von Hagen, ein Raubüberfall von zwei Männern verübt. Der Bote hatte von der Bank 9000 Mark Lohngehalt geholt und wurde kurz vor der Fabrik, die sich an der Peripherie der Stadt befindet, überfallen. Die Räuber warfen ihm Pfeffer ins Gesicht und versuchten ihm die Tasche zu entreißen, was ihnen jedoch nicht gelang, da der Überfallene sich kräftig zur Wehr setzte. Auf die Hilferufe des Boten ließen die Täter von ihm ab und flüchteten. In einem des Weges kommenden Automobil wurde die Verfolgung der Flüchtigen durch einen Polizeibeamten, der sich zufällig in der Nähe befand aufgenommen. Es gelang, die beiden Personen zu stellen und festzunehmen. Es handelt sich um zwei bereits wiederholt vorbestrafte junge Leute aus Fierlohn.

Droht uns eine Brotpreiserhöhung?

Von Obermeister Carl Ewald Grobe, Vorsitzender des Bäckerinnungsverbandes Westfalen. Man hat in unserem Handwerk in den letzten Jahren manche Enttäuschung erlebt, aber keine, die so groß war, als die, welche man mit dem Worte Preisabbau getrieben hat. Mit Recht wurde aus allen Kreisen der Bevölkerung immer erklärt, das Brot ist preiswert, und unsere vornehmste Aufgabe ist es immer gewesen, der Not des deutschen Volkes Rechnung zu tragen. Wir sind bis an die äußerste Grenze der Kalkulation gegangen und wenn ich heute in alle Öffentlichkeit gehe, so erkläre ich offen und frei, daß es ein Notruf, aber auch ein Warnungsruf des gesamten westfälischen Bäckerhandwerks an alle Stellen, insbesondere unsere Behörden ist. Der letzte Preisabbau in Brot hat nur deshalb stattfinden können, weil wir unseren Kollegen das Versprechen gaben, er solle kein einseitiger werden; alles, was das Brot heute als Unkosten mit belaste, solle gesenkt werden. Wir haben gelernt, uns auf bloße Versprechungen nicht mehr einzulassen, denn nichts ist von dem eingetreten, was wir erwartet haben. Im Gegenteil, durch die „wunderbare“ Zollpolitik erleben wir jetzt gerade in der kalten Winterzeit, wo die Not der Bevölkerung und der Hunger sich am meisten bemerkbar machen, eine Preissteigerung in Roggen- und Weizenmehl, die unerhört ist. Die Erhöhung ist nicht von der Bäckerwelt zu tragen und die unbedingte Folge ist, wenn die Regierung nicht Maßnahmen trifft, daß wir zu angemessenen Preisen das Mehl kaufen können, eine Erhöhung der Brotpreise. Was das heute bedeutet, wissen wir alle, und darum richte ich diesen Warnungsruf an alle betreffenden Behörden. Die Brotpreiserhöhung ist nicht nur eine Frage der deutschen Bäckerwelt, sondern des leidenden deutschen Volkes!

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 13 März.

Polizeibeamter schießt bei seiner Vernehmung. Hamburg. Die Staatliche Pressestelle teilt mit: Als der Polizeioberwachmeister Friedrich Pohl von dem Regierungsrat Laffall in einer Dienststrafe vernommen wurde, zog er seinen Dienstrevolver und gab auf Regierungsrat Laffall einen Schuß ab, der diesen schwer verletzte. Pohl wurde festgenommen.

Sowjetrussischer 20-Millionen-Auftrag an die englische Maschinenindustrie.

Moskau. Amtlich wird gemeldet, daß zwischen der russischen Handelsvertretung in London und einem Verband der englischen Maschinenindustrie ein Vertrag über die Lieferung von verschiedenen Maschinen an die Sowjetunion in Höhe von 20 Millionen Mark unterzeichnet worden ist. Wie verlautet, soll die britische Regierung kurzfristige Kredite an die Sowjetregierung gegeben haben.

Schriftleitung: Wilh. Dell jr., Halber i. Westf.

